

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Land- und Forstwirtschaft
Abteilung Veterinärangelegenheiten und Lebensmittelkontrolle
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages
von Niederösterreich
Ing. Hans Penz

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 08.07.2011

zu Ltg.-759/A-3/53-2011

~~L~~-Ausschuss

LF5-EU-13/019-2011

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.LF5@noel.gv.at

Fax: (0 27 42) 9005/12801 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug

BearbeiterIn

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

Dr. Franz Karner

12750

28. Juni 2011

Betrifft

Entschließung des NÖ Landtages am 24. Februar 2011 betreffend "Import von deutschem Schweinefleisch", ANTRAG, Ltg.-759-1/A-3/53-2011; Antwort an den Niederösterreichischen Landtag

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne des Antrages des Landtages von Niederösterreich vom 24. Februar 2011, Ltg.-759-1/A-3/53-2011, gemäß § 34 LGO betreffend Import von deutschem Schweinefleisch, hat die NÖ Landesregierung am 14. März 2011 ein Schreiben an die Bundesregierung gerichtet.

Dieses Schreiben wurde mit einem Antwortschreiben vom 19. Mai 2011 wie folgt beantwortet:

„Zu Ihrem Schreiben vom 14. März 2011, mit dem Sie eine Entschließung vom 24. Februar 2011 betreffend "Import von deutschem Schweinefleisch" vorlegen, kann ich Ihnen auf Grundlage der bei den zuständigen Bundesministerien eingeholten Stellungnahmen nachfolgende Antwort übermitteln:

Zu Punkt 1:

Das von der EU eingerichtete System zur raschen gegenseitigen Information der zustän-

digen Behörden, wenn bei einem Lebens- oder Futtermittel ein mittelbares oder unmittelbares Risiko für die menschliche oder tierische Gesundheit festgestellt wird (RASFF – Rapid Alert System for Food and Feed), hat im Fall der Dioxinfunde in deutschen Futtermitteln (bzw. in Folge auch bei Lebensmitteln) einwandfrei funktioniert. Der Vertriebsweg der Futtermittel und der damit gefütterten Schweine bzw. anderen Tiere konnte problemlos identifiziert werden. Im Zuge dieser Abklärungen ergab sich KEIN Bezug zu Österreich. Daher waren weder konkrete Sperrmaßnahmen noch andere Verbote erforderlich.

In Zusammenhang mit dem Deutschen „Dioxinskandal“ wurden – unabhängig von RASFF-Meldungen – von den Lebensmittelaufsichtsbehörden der Länder Fleisch- und Eiprobe gezogen und auf Dioxin untersucht. Die entsprechenden Analyseergebnisse ergaben keine Höchstwertüberschreitungen.

Von 2005 bis 2009 wurde europaweit (auch in Österreich) ein jährliches Monitoring über die Hintergrundbelastung von Lebens- und Futtermitteln mit Dioxinen durchgeführt. Dieses EU-weite Monitoring-Programm ist 2009 ausgelaufen, wurde aber von Österreich weitergeführt.

Im Rahmen der „Dioxin-Schwerpunktaktion“ für das Jahr 2011 wurde dem Vorfall in Deutschland Rechnung getragen. Zur vorsorgenden Gewährleistung der Sicherheit wurde die erst für September bis Oktober geplante Probenziehung bereits jetzt begonnen, die Probenanzahl um 50 % erhöht und die zusätzliche Ziehung von frischem Schweinefleisch mit zweifelsfrei rückverfolgbarem Ursprung aus Deutschland und rohen Hühnereiern (aus Boden- und Freilandhaltung) veranlasst.

Zu den Punkten 2 und 3:

Folgende Maßnahmen wurden seitens der Futtermittelkontrolle (Bundesamt für Ernährungssicherheit) umgehend eingeleitet:

- o Erhebungen bei den österreichischen Lieferanten bezüglich Futterfette (Bezug der Rohstoffe, evtl. Geschäftsbeziehungen mit dem verdächtigen Betrieb in Deutschland),
- o bei Mischfutterherstellern: Schwerpunktsetzung bei Fettkomponenten (verstärkte Buchprüfung, Probenahme und Untersuchung auf Dioxin),
- o die für 2011 vorgesehenen Dioxinuntersuchungen wurden um rund 30 % aufgestockt (mit Fokus auf Futterfette und damit hergestellte Mischfuttermittel für Schweine, Geflügel

und Fisch) und werden teilweise vorgezogen.

o Bereits Anfang des Jahres 2011 wurden die registrierten Futterfetthersteller in Österreich aufgefordert, die Eigenkontrollergebnisse des letzten Jahres hinsichtlich Dioxin vorzulegen. Alle Untersuchungsergebnisse zeigten keine Überschreitungen der Dioxingehalte.

o Weiters wurden Betriebsbesuche bzw. Inspektionen bei den zwei wichtigsten Fettlieferanten durchgeführt.

Mit einem 5-Punkte-Offensivprogramm aus nationalen und EU-weiten Maßnahmen wurde von österreichischer Seite sofort auf die schwierige Preissituation reagiert.

Darin enthalten sind die Intensivierung der Marketingaktivitäten, Maßnahmen zur Marktentlastung, ein Schulterschluss mit dem Lebensmittelhandel sowie verbesserte Kennzeichnung (sus-Herkunftssicherung).“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Stephan Pernkopf
Landesrat